

WAHLENTWICKLUNG IN DEN NIEDERLANDEN

VOLKSPARTEIEN IN DER KRISE

Ton Nijhuis

Der niederländische Wähler wendet sich scharenweise und in großem Tempo von den klassischen Volksparteien ab. Er verlässt die Mitte und begibt sich stattdessen an die Ränder des politischen Spektrums, übrigens ohne dabei bei undemokratischen Parteien anzukommen. Auf der linken Seite hat die sozialdemokratische PvdA (*Partij van de Arbeid*) Angst einflößende Konkurrenz von der Sozialistischen Partei (*Socialistische Partij, SP*, vergleichbar mit der Linkspartei) bekommen. Wenn man den Meinungsumfragen Glauben schenken darf – obwohl weitläufig bekannt ist, wie vorsichtig man damit sein muss –, kann selbst nicht ausgeschlossen werden, dass die SP bei den nächsten Wahlen größer wird als die PvdA. Auf der rechten Seite werden die Liberalen, *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD)*, von den rechtspopulistischen Abspaltungen von Geert Wilders (*Partij voor de Vrijheid*,¹ PVV) und Rita Verdonk in eine tiefe Krise gestürzt. Verdonks Anti-Immigrationspartei *Trots op Nederland*² (ToN) könnte sogar, wenn jetzt Wahlen abgehalten werden würden, die zweitgrößte Partei der Niederlande werden. Lediglich die Christdemokraten (*Christen Democratisch Appèl, CDA*) haben bisher alle elektoralen Stürme größtenteils an sich vorbeiziehen sehen.

Es sind unruhige Wahlzeiten, in denen politische Kommentatoren dazu tendieren, von einer Krise zu sprechen und sich darum drängeln, die Parteiendemokratie zu Grabe zu tragen. Sogar das Schicksal der Weimarer Republik wird angeführt, um die niederländischen Wahlunruhen zu deuten. Obwohl dieses Bild übertrieben und wenig zutreffend ist, kann man tatsächlich von einer ernsten Krise sprechen, die vor allem die etablierten Parteien der Mitte trifft. Um die Entwicklungen im Wahlverhalten besser zu verstehen und die Kurzatmigkeit von Umfragen zu vermeiden, ist es sinnvoll, diese über einen längeren Zeitraum zu betrachten. Auf diese Weise können zunächst strukturelle Entwicklungen und konjunkturelle bzw. inzidentelle Schwankungen herausgearbeitet werden. Im Anschluss daran können wir versuchen, diese zu erklären, um so zu einer Prognose über die mittelfristige Entwicklung der Parteiendemokratie in den Niederlanden zu kommen.

Es ist dabei wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass die Niederlande über eine bunte Parteienlandschaft verfügen, die neben den sozialdemokratischen und christdemokratischen Volksparteien und der VVD auch einer Vielzahl kleinerer Parteien auf der linken und der rechten Seite Platz bietet. Das Verhältniswahlrecht und die nicht vorhandene Sperrklausel – wie etwa die Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl in Deutschland – schaffen Raum für eine Vielzahl von Bewegungen, denen es gelingt, sich eines oder mehrerer der 150 Sitze des Parlaments, der *Tweede Kamer*, zu bemächtigen. Für einen Sitz benötigt man lediglich 0,7 Prozent der Stimmen. Gewöhnlich sitzen ungefähr zehn Parteien im Parlament. Durch die starke Zersplitterung müssen immer Koalitionsregierungen gebildet werden, die sich in der Regel aus drei oder mehr Parteien zusammensetzen. Durch die Diffusion von Macht und Verantwortung als Folge dieses Koalitionssystems ist der Wähler weniger als in einem Mehrheitswahlssystem geneigt, die (Regierungs-)Parteien aufgrund ihrer geführten Politik abzustrafen. Er orientiert sich stärker an dem Programm, das die Parteien für die Zukunft präsentieren. Diese Tatsache führt dazu, dass sich der Verlauf des Wahlkampfes noch schwerer voraussagen lässt.

Wahlergebnisse der Zweiten Kammer von 1989 bis 2006 in Prozent

	1989	1994	1998	2002	2003	2006
CDA (<i>Christen Democratisch Appèl</i>)	35,3	22,2	18,4	27,9	28,6	26,5
PvdA (<i>Partij van de Arbeid</i>)	31,9	24,0	29,0	15,1	27,3	21,2
VVD (<i>Volkspartij voor Vrijheid en Democratie</i>)	14,6	19,9	24,7	15,4	17,9	14,7
SP (<i>Socialistische Partij</i>)	0,4	1,3	3,5	5,9	6,3	16,6
GroenLinks	4,1	3,5	7,3	7,0	5,1	4,6
D66 (<i>Democraten '66</i>)	7,9	15,5	9,0	5,1	4,1	2,0
SGP (<i>Staatkundig Gereformeerde Partij</i>)	1,9	1,7	1,8	1,7	1,6	1,6
Christen Unie	[2,3]	[3,1]	[3,3]	2,5	2,1	4,0
GPV (<i>Gereformeerd Politiek Verbond</i>)	1,3	1,3	1,3			
RPF (<i>Reformatorische Politieke Federatie</i>)	1,0	1,8	2,0			
LPF / Fortuyn (<i>Lijst Pim Fortuyn</i>)				17,0	5,7	0,2
Leefbaar Nederland				1,6	0,4	
Partij voor de Vrijheid (Wilders)						5,9
EénNL						0,7
CD (<i>Centrumdemocraten</i>)	0,9	2,4	0,6			
AOV / Unie 55+		[4,4]	0,5			
AOV (<i>Algemeen Ouderen Verbond</i>)		3,6				
Unie 55+		0,8				
Partij voor de Dieren					0,5	1,8

Quelle: www.nlverkiezingen.com.

WAHLENTWICKLUNG UND VERTRAUEN IN DIE POLITIK

Anhand der Tabelle mit den Wahlergebnissen der Jahre 1989 bis 2006 wird auf den ersten Blick deutlich, dass die Niederlande im Gegensatz zu Deutschland kein Wahlsystem haben, bei dem die zwei großen Volksparteien den Großteil der Stimmen unter sich aufteilen. Dennoch ist die Tatsache, dass die großen christdemokratischen und sozialdemokratischen Parteien gemeinsam weniger als 50 Prozent der Wähler an sich binden können, ein relativ neues Phänomen. Dies war zum ersten Mal im Jahr 1994 der Fall. Schon wesentlich früher zeichnete sich ab, dass die christ- und sozialdemokratischen Parteien ihre traditionellen Milieus oder Säulen, wie sie in den Niederlanden genannt werden, langsam aber sicher verlieren. Die Volksparteien sind, stärker als in Deutschland, heimatlos gewor-

den. Es ist unwahrscheinlich, dass die beiden Parteien ihren Status als echte Volksparteien in Zukunft wieder zurückerobert werden. Das ist auch für Wahlforscher ein Problem. Es ist nicht länger möglich, aufgrund von Faktoren wie beispielsweise Religionszugehörigkeit und sozialökonomischem Status das Wahlverhalten zu prognostizieren. Die Suche nach neuen strukturellen Kennzeichen, die das Wahlverhalten voraussagen könnten, hat bisher wenig gebracht. Kurz gesagt, wir erleben das Ende eines weltanschaulich geprägten Wählersystems, ohne dass sich bisher eine neue Ordnung abzeichnet. Es hat daher auch wenig Sinn zu sagen, dass Wahlergebnisse in den letzten Jahren immer stärker vom üblichen Bild abweichen. Die Abweichung ist vielmehr zur Norm geworden.

Ein zweites Phänomen, das sofort ins Auge fällt, wenn man sich die Wahlergebnisse über einen längeren Zeitraum anschaut, ist eine starke Abnahme des Wählerpotentials im Zentrum und eine starke Zunahme der Wähler an den Rändern des politischen Spektrums. Im Jahr 1989 befanden sich weniger als zehn Prozent der Wähler an den Rändern, während sich im Jahr 2006 mehr als ein Drittel der Wähler dort aufhielt.³

Die zugenommene Vitalität der Wähler geht Hand in Hand mit der Neigung, sich erst spät zu entscheiden, welche Partei man wählt. Wahlprognosen sind durch diese Entwicklung immer ungenauer geworden. Es zeigt sich auch noch ein weiteres Phänomen. Weil sich die Parteien im Großen und Ganzen bei den klassischen sozialökonomischen Themen einig sind, werden diese Fragen für den Wähler bei der Entscheidung für eine Partei weniger wichtig. Die Aufmerksamkeit des Wählers kann sich deshalb bei der Parteiwahl auf andere, selbst kleinere Themen wie Immigration und Integration richten. Die Tatsache, dass die Parteien sich ideologisch nicht oder kaum voneinander unterscheiden, bietet neuen Parteien, die sich gerade auf diese spezifischen Punkte konzentrieren, eine Chance. Auch die *Partij voor de Dieren* („Partei für die Tiere“), die zwei Sitze (von 150) errungen hat, passt genau in dieses Schema. Eine derartige Partei kann sich nur ein Land mit einem breiten Konsens bei anderen Themen erlauben.

Die Feststellung, dass der Wähler sich vom Zentrum an die Ränder des politischen Spektrums begeben hat, bedarf allerdings der Nuancierung. In diesem Bild bleiben die Parteien unverändert, während sich die Wähler bewegen. Man kann das Bild aber auch umdrehen. Nicht der Wähler verändert sich, sondern die Parteien bewegen sich hin zur Mitte. Damit

bleiben die Wähler am Rand zurück. Das heißt also, dass nicht nur die Wähler, sondern auch die Parteien ihren angestammten Platz verlassen haben. Vor allem die PvdA und die VVD erinnern an steuerlose Schiffe auf hoher See. Sie schwanken zwischen der Einnahme von radikaleren Standpunkten, um die Wähler, die am rechten oder linken Rand wegsackten, zurückzugewinnen und der Betonung darauf, dass populistische Standpunkte nur von Parteien eingenommen werden können, die keine Regierungsverantwortung übernehmen wollen.

Dass von einer Krise der etablierten politischen Parteien gesprochen werden kann, heißt noch nicht, dass sich die repräsentative Demokratie selbst in einer Krise befindet. Obwohl während der unruhigen Jahre nach dem Aufstieg und Tod Pim Fortuyns von einer zunehmenden Unzufriedenheit über das Funktionieren der Demokratie gesprochen wurde, stellte niemand das System an sich in Frage. Die Zufriedenheit mit dem politischen System liegt zurzeit höher als in den 1970er Jahren.⁴ Selbst die populistischen Parteien ziehen das System nicht in Zweifel. Man kann also nicht von Weimar sprechen. Auch das Vertrauen in die Politik unterliegt nicht strukturell der Erosion.⁵ Auch hier gilt, dass mit und nach Fortuyn die Vertrauenswerte kurzzeitig eine sinkende Tendenz hatten, in den letzten Jahren aber wieder anstiegen. Strukturell hat das Vertrauen in die Politik in den letzten Jahrzehnten zugenommen.⁶

Dasselbe gilt für den politischen Skeptizismus. Dieser nimmt ebenfalls nicht strukturell zu. Im Gegenteil, man kann heute viel weniger von Skeptizismus sprechen als in den 1970er Jahren. Auch der Prozentsatz derjenigen, die an nationalen Wahlen teilnehmen, bleibt unvermindert hoch. Der moderne politische Bürger ist darüber hinaus im Allgemeinen besser als früher informiert, mündiger und hat stärker das Gefühl, dass er oder sie auch tatsächlich etwas in der Politik verändern kann. Kurz gesagt, man kann nicht von einer Krise der Demokratie an sich sprechen. Die politischen Parteien, die den demokratischen Prozess managen, befinden sich in der Krise.

Diese Erkenntnis kann man auf verschiedene Weisen begründen. Im Folgenden möchte ich die zwei wichtigsten Erklärungsansätze kurz anreißen. Zum einen gibt es den Erklärungsansatz, der sich mit der Entwicklung der politischen Parteien an sich beschäftigt, zum anderen gibt es Modelle, die sich mit den ideologischen Grundstrukturen beschäftigen, die das Wählerverhalten bestimmen. Beim ersten Erklärungsansatz geht

es also um die veränderte Rolle der politischen Parteien in der Gesellschaft und im Staatsapparat. Dadurch, dass Parteien ihre gesellschaftliche Verankerung und ihre Heimat verloren haben, ist mehr Platz für Populisten als eine Art Anti-Establishment-Bewegung. Der politisch-inhaltliche Erklärungsansatz orientiert sich vor allem am Gegensatz zwischen Links und Rechts. Diese politisch-ideologische Dimension, die das politische Spektrum seit jeher kennzeichnet, wird zwar von vielen als überholt bezeichnet, strukturiert die Parteienlandschaft aber immer noch deutlich.

POLITISCHE PARTEIEN ZWISCHEN STAAT UND GESELLSCHAFT

Traditionell bewegten sich politische Parteien auf der Grenze zwischen Staat und Gesellschaft. Politische Parteien waren früher fest in der Zivilgesellschaft verankert. Das lag nicht allein an der Parteimitgliedschaft von Bürgern, sondern auch daran, dass Parteien oder ihre Mitglieder auch in anderen gesellschaftlichen Sphären sichtbar und aktiv waren. Beispiele hierfür sind die Gewerkschaften oder andere zivilgesellschaftliche Organisationen. Parteien spielten lange eine zentrale Rolle bei vielen organisierten Formen von Protest oder dem Richten von Aufmerksamkeit auf gesellschaftliche Probleme.

Gleichzeitig sind politische Parteien notwendig, um Demokratie zu managen. Außerdem sind sie Brutkästen und Lieferanten von Kandidaten für politische Ämter. Ohne Parteien wird es schwierig sein, Wahlen zu organisieren und Menschen für politische Ämter zu trainieren. Obwohl politische Parteien noch immer gerne ihre Verwurzelung in der Gesellschaft betonen, hat sich ihre Position in Richtung Staat verschoben. Sie haben ihre natürliche Anhängerschaft, ihre Säule oder ihr Milieu verloren und haben daher keine gesellschaftliche Heimat mehr. Die Zeit der Massenparteien ist vorbei. Auch kann man kaum noch von Mitgliederparteien sprechen. Die Partei wird von einer relativ kleinen Gruppe *Professionals* betrieben. Da das wichtigste Ziel einer Partei das Erreichen guter Wahlergebnisse ist, wird sowohl das Parteiprogramm als auch die Parteiorganisation hierauf ausgerichtet. Die Partei muss eine gut geölte Maschine sein. Die Volksparteien haben sich zu Wahlkampfparteien entwickelt.⁷

In diesem Prozess haben sie immer mehr Mitglieder verloren, die für den Kontakt zur Basis sorgen konnten. Der Mangel an aktiven Mitgliedern

macht es darüber hinaus für die Parteien schwer, in der Zivilgesellschaft sichtbar und aktiv zu bleiben. Diejenigen, die Mitglied werden, haben nicht selten die Ambition, parteipolitisch Karriere zu machen oder ein Staatsamt zu erhalten. Dementsprechend richten sie ihre Aufmerksamkeit eher auf die Partei oder den Staat als auf die Kontaktaufnahme mit dem Bürger.⁸

Gleichzeitig sind die Parteien auch in ihrer Finanzierung immer abhängiger vom Staat geworden. Daraus folgt, dass sich die politischen Parteien eher am Staat orientieren und somit der Gesellschaft den Rücken zukehren. Parteien hatten immer zwei wichtige Funktionen: Eine repräsentative Funktion und die Funktion, das politische System zu managen. Die repräsentative Funktion ist in den letzten Jahrzehnten immer stärker ausgehöhlt worden. In diesem Sinne kann also von einer Krise der repräsentativen Parteiendemokratie gesprochen werden.

Diese Krise der repräsentativen Funktion von Parteien bedeutet nicht, dass Parteien an sich schwächer geworden sind. Im Hinblick auf die Rolle, die die Parteien im Staatssystem spielen, hat ihr Einfluss kontinuierlich zugenommen. Was das Managen von Demokratie und das Verteilen von politischen Ämtern betrifft, verfügen sie beinahe über eine Monopolposition. Diese doppelte Bewegung führt zu einem parteipolitischen Paradox: Die Parteien sind in der Krise und in den Niederlanden in einem armseligen Zustand, aber gleichzeitig sind sie noch nie so mächtig gewesen, weil sie den Staat betreuen.

POPULISTISCHE BEWEGUNGEN UND DIE „SOCIALISTISCHE PARTIJ“

Die Entkoppelung von Partei und Gesellschaft und der Niedergang der Milieus, aus denen Parteien ihre Mitglieder rekrutieren, schaffen auf zwei Wegen Möglichkeiten für politische Newcomer, Wähler für sich zu gewinnen. Zum einen sind das populistische Bewegungen und Parteien und zum anderen sind das Parteien, die wieder das Gefühl vermitteln können, sich um den Bürger zu kümmern und in der Zivilgesellschaft verwurzelt zu sein.⁹ In den Niederlanden zeigt sich die erste Variante auf der rechten Seite des politischen Spektrums und die zweite auf der linken Seite.

Pim Fortuyn richtete seine Pfeile in erster Linie auf die politische Elite als ein in sich geschlossenes System, eine Haager Clique unter einer Käse-

glocke. Fortuyn fand, dass die etablierten Parteien in erster Linie mit sich selbst und miteinander beschäftigt seien und als Folge dessen den Kontakt zum Bürger verloren hätten. Seine Strategie war also nicht, innerhalb des politischen Systems eine neue Position einzunehmen, sondern stattdessen die herrschende Unzufriedenheit über die Politik dafür zu nutzen, sich selbst als Außenstehenden in diesem System zu präsentieren. Fortuyn wollte aus diesem Grund auch keine eigene Partei gründen, sondern sprach konsequent von einer Bewegung. Seine „Nachfolger“ schlugen genau denselben Weg ein. Wilders *Partij voor de Vrijheid* kennt nur ein Mitglied und das ist Geert Wilders selbst. Die PVV verfügt über neun Sitze im Parlament. Das heißt die anderen acht Abgeordneten der PVV sind also formell nicht einmal Parteimitglieder. Wilders verhindert damit internen Parteistreit, aber auch die Formierung einer Struktur. Auch Rita Verdonks *Trots op Nederland* hat keine Mitglieder. Man kann hier also von Bewegungen sprechen, die sehr schnell aufkommen, ihr Bestehen aber allein der Popularität ihrer politischen Leiter verdanken. Es entwickelt sich kaum Infrastruktur, was dazu führt, dass die Bewegungen sehr instabil sind.

Die andere Variante zeigt sich am linken Rand des politischen Spektrums, bei der *Socialistische Partij (SP)*. Die SP hat in den 1970er Jahren als maoistische Partei angefangen und sich lange Zeit abseits der nationalen Politik gehalten. Das Ziel der Partei bestand darin, in erster Linie auf lokaler Ebene aktiv zu sein. Man gründete Gesundheitszentren, unterstützte Arbeiterstreiks und Hausbesetzungen ebenso wie jegliche Art von Protesten von Mietervereinigungen und ähnlichen Organisationen. Das Vorgehen der SP ähnelte der Strategie einer Moslembrotherschaft: Zunächst war man hilfsbereit in der Nachbarschaft, um im Anschluss daran die politische Botschaft zu verkünden. Erst im Jahr 1994 erhielt die Partei zum ersten Mal zwei Sitze im Parlament. Bei den nächsten Wahlen im Jahr 1998 waren es bereits fünf, bei den Wahlen in den Jahren 2002 und 2003 neun und schließlich, im Jahr 2006, stieg die Zahl der Parlamentssitze auf 25. In den Prognosen kommt die Partei derzeit auf rund dreißig Sitze. Damit wäre die SP ebenso groß wie die PvdA.

Im Gegensatz zu den populistischen Bewegungen von Fortuyn, Wilders und Verdonk kann man bei der SP nicht von einem schnellen Aufstieg ohne Parteibildung sprechen. Es handelt sich vielmehr um eine langsam, aber stetig aufgebaute politische Infrastruktur. Im Hinblick auf ihre Struktur gehört sie zu den stärksten Parteien der Niederlande. Dabei ist

vor allem die gesellschaftliche Verwurzelung einer der stärksten Punkte der SP. Gerade diese macht es der sozialdemokratischen PvdA so schwer, sich aktiv als Alternative zu präsentieren. Die SP ist momentan bei den Gewerkschaften und anderen traditionell sozialdemokratischen Organisationen viel stärker vertreten als die PvdA. Die SP ist eine „Kümmererpartei“ und somit in gewisser Weise vergleichbar mit der Linkspartei in Deutschland. Die Versuche innerhalb der PvdA, den Stimmenverlust an die SP dadurch einzudämmen, dass man die Betonung wieder stärker auf das eigene sozialdemokratische Profil legt, indem man die Auswüchse der liberalen Marktwirtschaft härter kritisiert und die Errungenschaften des Versorgungsstaats stärker verteidigt – eine Strategie, die auch innerhalb der SPD viele Anhänger hat –, gehen völlig an diesem zentralen Punkt vorbei. Die PvdA bekommt ihre Wähler nicht dadurch zurück, dass sie sich inhaltlich wieder stärker links profiliert. Das klassische Milieu der PvdA fühlt sich durch die Partei nicht mehr vertreten. Hier hilft nur eine Strategie, bei der die Partei wieder stärker gesellschaftlich aktiv wird.

LINKS-RECHTS-SCHEMA NACH WIE VOR GRUNDLAGE POLITISCHER ORIENTIERUNG

Die Volatilität der Wähler beschränkt sich größtenteils auf den Mitte-Rechts- und den Mitte-Links-Flügel. Bei der Verteilung zwischen links und rechts gibt es dahingegen ein auffallendes Maß an Stabilität im Wahlverhalten. Für den Wähler sind links und rechts also immer noch wichtige Begriffe für die eigene politische Orientierung. In dieser Hinsicht scheint es verfrüht zu sein, den Gegensatz zwischen links und rechts als obsolet über Bord zu werfen.

Der Wähler handhabt zwar noch immer das Links-Rechts-Schema, doch für die eigene politische Orientierung sind inzwischen andere Themen wichtiger geworden. Früher waren das vor allem sozialökonomische Fragen wie die Verteilungsproblematik, jetzt sind es eher Themen wie Immigration und Integration. Wir müssen daher im Links-Rechts-Schema zwei Dimensionen unterscheiden. Neben der sozialökonomischen Ebene müssen wir auch mit einer Ebene der Normen und Werte arbeiten. Rechts steht in diesem Zusammenhang für wertkonservativ und links für eine starke Betonung von Freiheiten sowie der Begrüßung von Globalisierung und einer offenen multikulturellen Gesellschaft. Mit Hilfe dieser beiden Ebenen im Links-Rechts-Schema sind sowohl die elektoralen Entwicklungen in den Niederlanden als auch die Probleme der Volksparteien,

Wähler dauerhaft an sich zu binden, zu erklären. Sie bieten außerdem eine Antwort auf die Frage, warum die christdemokratischen Volksparteien weniger mit Stimmverlusten an extremere Parteien zu kämpfen haben als die Sozialdemokraten oder die Liberalen. Wenn wir die sozial-ökonomische Ebene mit der normativen kreuzen, können wir vier Grundhaltungen unterscheiden:

- 1) sozialökonomisch und im Hinblick auf Normen und Werte links,
- 2) sozialökonomisch und im Hinblick auf Normen und Werte rechts,
- 3) sozialökonomisch links und im Hinblick auf Normen und Werte rechts,
- 4) sozialökonomisch rechts und im Hinblick auf Normen und Werte links.

Die traditionellen niederländischen Parteien bewegen sich sowohl sozial-ökonomisch als auch im Hinblick auf die Normen und Werte in diesem Schema entlang der Rechts-Links-Ebene (also wie bei Punkt 1 und 2). Die große Mehrheit der Wähler orientiert sich, wenn es um die sozial-ökonomische Ordnung geht, links. Das heißt, die meisten Wähler befürworten den Erhalt möglichst vieler sozialstaatlicher Leistungen und Arrangements. Gleichzeitig spricht sich eine große Mehrheit für eine Verringerung des Einkommensgefälles aus. Die Wähler haben wenig Vertrauen in die liberale Meinung, dass sich aktuelle Probleme am besten lösen, wenn man sie dem Markt überlässt. Man überträgt lieber dem Staat die Verantwortung. Gleichzeitig neigen viele Wähler zu rechten Standpunkten, wenn es um Fragen wie Immigration und Multikulturalismus, Kriminalität, öffentliche Ordnung und Terrorismusbekämpfung geht. Viele Bürger sind der Meinung, dass die Toleranz in den letzten Jahren über das Ziel hinausgeschossen sei und dass die *anything-goes*-Haltung dazu beigetragen habe, dass die Gesellschaft inzwischen verwahrlost ist. Der Ruf nach mehr Zucht und Ordnung wird daher lauter.

Dies alles zeigt, dass es eine große Gruppe von Wählern gibt, die in sozialökonomischer Hinsicht eher linke Positionen vertreten, in normativer Hinsicht hingegen als konservativ einzuordnen sind. Sie gehören daher zur Kategorie 3. Zu dieser Kategorie gehört jedoch fast keine politische Partei. Linksradikale Parteien wie die SP (und in Deutschland die Linkspartei) haben sich in den letzten Jahren jedoch zunehmend in diese Richtung entwickelt. Sie kombinieren die Empörung über den Erfolg des freien Marktes und über das Scheitern des Wohlfahrtsstaates mit einer konservativen Haltung zu Immigration und Integration. Mit dieser Haltung werden diese „Empörungsparteien“ zu einer attraktiven Alternative

für traditionell sozialdemokratische Wähler, die sich im Stich gelassen fühlen. Auf der rechten Seite können wir beobachten, dass die eher rechtspopulistischen, aber noch immer demokratischen Parteien dazu neigen, sich vom liberalen, freien Marktdenken zu verabschieden. Sie durchlaufen also einen ähnlichen Prozess wie die Linksparteien, aber dann vom umgekehrten Ausgangspunkt aus. Wilders und Verdonk, die beiden rechtspopulistischen Abspaltungen der VVD, betonen immer wieder, sich für den kleinen Mann einzusetzen und ihn vor Immigranten einerseits und dem „Raubkapitalismus“ andererseits zu beschützen. Darin liegt die Antwort auf die Frage, warum die christdemokratischen Parteien weniger unter dieser Polarisation und dem Verlust von Wählern an populistische Parteien leiden. Die christdemokratischen Parteien sind seit jeher soziale und wertkonservative Parteien. Sie haben den Versorgungsstaat in weiten Teilen aufgebaut, aber gleichzeitig immer darauf hingewiesen, dass eine Gesellschaft auch ein normatives Fundament braucht, das die Bürger verbindet. In dieser Hinsicht zeichnen sich christdemokratische Parteien seit jeher durch eine soziale Wirtschaftspolitik auf der einen Seite und einen gemäßigten Wertkonservatismus auf der anderen Seite aus.¹⁰

SCHLUSSBEMERKUNG

Es bleibt festzuhalten, dass der Wähler in den Niederlanden den etablierten Parteien immer mehr den Rücken zukehrt und sein Heil bei neuen Parteien und Gruppierungen am linken und rechten Rand des politischen Spektrums sucht. Gleichzeitig zeichnet sich jedoch auch eine entgegengesetzte Entwicklung ab. Die Parteien an beiden Rändern müssen, um eine anziehende Alternative zu sein, einen Teil ihrer Radikalität aufgeben. So sehen wir beispielsweise, dass sich die SP von einer maoistischen Splittergruppe zu einer relativ durchschnittlichen sozialdemokratischen Partei entwickelt hat, die eigentlich ohne Probleme auch Regierungsverantwortung übernehmen könnte. Das heißt also, dass aufgrund der Tatsache, dass sich die Wähler am politischen Rand orientieren, sich die Parteien, die sich dort befinden, zur Mitte hin bewegen. Gleichzeitig können wir konstatieren, dass die Parteien der Mitte bei Themen wie Immigration, Integration, Kriminalität, öffentliche Ordnung und Missbrauch des Sozialstaats, mit denen populistische Parteien ihre Wähler gewinnen, immer härtere Standpunkte einnehmen. Der Stil, in dem zurzeit im Parlament über die Probleme der multikulturellen Gesellschaft debattiert wird, wäre noch in den 1990er Jahren unmöglich gewesen.¹¹ Die

etablierten Parteien entwickeln sich also nicht nur aufeinander zu in Richtung Mitte, sondern bei einigen politischen Themen entwickeln sie sich in Richtung der Ränder des politischen Spektrums. Es gelingt dem niederländischen Parteiensystem durch diese doppelte Bewegung von extremen Parteien in Richtung Mitte und von Parteien der Mitte bei bestimmten Themen in Richtung der Ränder sehr gut, populistische Bewegungen in das System zu integrieren, zu disziplinieren und die Themen, die sie anbringen, auf die reguläre politische Agenda zu setzen.

- 1| *Deutsche Übersetzung: Partei für die Freiheit.*
- 2| *Deutsche Übersetzung: Stolz auf die Niederlande.*
- 3| *Eine Analyse der Wahlen 2006 findet sich bei Becker, Frans / Cuperus, René: Die Wahlen am 22. November 2006 und die Unruhe in der niederländischen Wählerschaft. In: Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien, 17 (2006), S. 83-100.*
- 4| *Zu Beginn der 1970er Jahre lag der Prozentsatz derjenigen, die relativ bis sehr zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in den Niederlanden waren, knapp über 50 Prozent. Abgesehen von ein paar Schwankungen hat die Zufriedenheit seit diesem Zeitpunkt zugenommen und liegt nun bei über 70 Prozent. Vgl. auch Aarts, Kees u.a.: Politieke houdingen, tevredenheid en de beoordeeling van partijen en politici. In: Aarts, Kees u.a. (Hrsg.): Een verdeeld electoraat. De Tweede Kamerverkiezingen van 2006. – Utrecht: Het Spectrum, 2007. – S. 189-210.*
- 5| *Die Zahlen des Eurobarometers geben an, dass im Jahr 2007 mehr als 70 Prozent der niederländischen Bürger sowohl der Regierung als auch dem Parlament Vertrauen schenkten. Das Vertrauen in die politischen Parteien liegt dahingegen lediglich bei 40 Prozent. Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.): Eurobarometer 67. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. – S. 51 und Anlage QA16.5 sowie QA16.6. – http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb67/eb67_de.pdf. [1. Februar 2008].*
- 6| *Siehe dazu auch Brug, Wouter van der / Praag, Philip van: Erosion of political trust in the Netherlands: Temporal or Temporarily? A research note. In: Acta Politica, 42 (2007), S. 443-458.*
- 7| *Die Professionalisierung wird durch den europäischen Integrationsprozess noch verstärkt. Die Zahl der internationalen Kontakte und Verpflichtungen nimmt exponentiell zu. In diesem Prozess spielen normale Parteimitglieder keine Rolle mehr. Diese Professionalisierungstendenz ist übrigens auch bei anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen sichtbar. Auch hier gibt es immer häufiger ein kleines professionelles Management, das die Richtung vorgibt. Man kann dann nicht mehr von aktiv partizipierenden Mitgliedern, sondern nur noch von beitragszahlenden Sympathisanten sprechen.*
- 8| *Zwei wichtige Unterschiede zu Deutschland müssen hier betont werden. Zum einen gibt es in den Niederlanden kein Wahlkreissystem. Dadurch gibt es keine direkte Verbundenheit zwischen einem Politiker und seinem Heimatort. Zum zweiten sind die niederländischen politischen Parteien schwach. Sie verfügen über fast kein Budget und Personal. Es mangelt ihnen somit an einer Infrastruktur, um große Aktivitäten zu entwickeln.*

- 9| *Vgl. zum Thema Populismus im niederländischen Parteiensystem Lucardie, Paul: Populismus im Parteiensystem in Deutschland in den Niederlanden. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2007) 35-36, S. 41-46.*
- 10| *Ein Vergleich der niederländischen und deutschen politischen Kultur findet sich bei Nijhuis, Ton: Die politische Kultur in den Niederlanden im Vergleich zu Deutschland. In: Thomas, Alexander / Schlizio, Boris U. (Hrsg.): Leben und Arbeiten in den Niederlanden. Was Sie über Land und Leute wissen sollten. – Göttingen: Vandenhoeck & Rupprecht, 2007. – S. 182-200.*
- 11| *Zu Integrationsproblemen in den Niederlanden siehe auch das Themenheft „Die Integration von Zuwanderern“, Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien, 17 (2006).*